



Große Kreisstadt Schwandorf

Niederschrift

über die

1. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstag:

12.01.2026

Sitzungsort:

im Sitzungssaal des Rathauses,
Spitalgarten 1, 92421 Schwandorf

Sitzungsdauer:

Öffentlicher Teil:

Von 16:00 Uhr bis 17:38 Uhr

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Namen der Stadtratsmitglieder:		
Anwesend waren:		
Name, Vorname		Bemerkung
Vorsitzender		
Feller, Andreas	CSU	
Ausschusssprecher		
Damm jun., Alfred	ÖDP	
Mieschala, Kurt	UW	
Schindler, Franz	SPD	
Wopperer, Andreas	CSU	
Ausschussmitglied		
Dirmeier, Tim	CSU	
Jäger, Dieter	FW	
Roidl, Ulrike	SPD	
stellv. Ausschussmitglied		
Dietl, Sonja	CSU	Vertretung für Stadträtin Martina Englhardt-Kopf
Groß, Paul 90/Die Grünen	Bündnis	Zuhörer
Sieß, Hans	CSU	Vertretung für Stadtrat Dr. Wolfgang Schuster
Außerdem anwesend waren		
Habermeier, Peter		
Neidl, Michael		
Niederschriftführerin		
Ziegler, Katharina		

Abwesend waren:		
Name, Vorname		Bemerkung / Abwesenheitsgrund
Ausschusssprecher		
Mixl, Reinhard, MdB	AfD	entschuldigt. Keine Vertretung
Ausschussmitglied		
Englhardt-Kopf, Martina, Parlamentarische Staatssekretärin, MdB	CSU	entschuldigt. Vertreten von Stadträtin Sonja Dietl
Dr. Schuster, Wolfgang	CSU	entschuldigt. Vertreten von Stadtrat Hans Sieß

Beschlussfähigkeit im Sinne Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Hauptausschusses vom 25.11.2025 von Beschluss Nr. 1 bis einschließlich Beschluss Nr. 7.5.
- 2) Verabschiedung Haushalt 2026 der Stadt Schwandorf; Erlass der Haushaltssatzung
- 3) Feststellung des Finanzplans für die Jahre 2025 bis 2029
- 4) Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen;
 - 4.1) Anfrage Verwaltung: Thema - Satzung über die Benutzung öffentlicher Grünanlagen, Kinderspielplätze und der Bürgerfreifläche in der Stadt Schwandorf;
 - 4.2) Anfrage: Ausschusssprecher Damm: ehem. Lehrerhaus im Ortsteil Büchelkühn
 - 4.3) Anfrage/Antrag: Fraktionsvorsitzender Wopperer: Aktueller Kostenstand etc. - Schmidt-Bräu-Gelände - Information im Bauausschuss
 - 4.4) Anfrage/Antrag: Fraktionsvorsitzender Wopperer: Aktueller Kostenstand etc. - Konventgebäude - Information im Bauausschuss

Vor Eintritt der Tagesordnung begrüßt Oberbürgermeister Andreas Feller um 16:00 Uhr alle Anwesenden und erklärt die Sitzung für eröffnet. Die Sitzung beginnt mit dem öffentlichen Teil. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Sitzung war öffentlich; zu Beschluss-Nr. N 1 bis einschließlich Beschluss-Nr. N 2 wurde gemäß Art. 52 Abs. 2 GO die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Öffentliche Sitzung

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
1			Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Hauptausschusses vom 25.11.2025 von Beschluss Nr. 1 bis einschließlich Beschluss Nr. 7.5.
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	10	0	

Einwände gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils werden nicht erhoben, sie gilt somit als genehmigt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Hauptausschusses vom 25.11.2025 von Beschluss Nr. 1 bis einschließlich Beschluss Nr. 7.5.

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
2			Verabschiedung Haushalt 2026 der Stadt Schwandorf; Erlass der Haushaltssatzung
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	--	--	

Sachdarstellung, Begründung:

Herr Michael Neidl (Verwaltung, Kämmerer) stellt den Haushalt der Stadt Schwandorf für das Haushaltsjahr 2026 anhand einer Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift) und den vorliegenden Sitzungsunterlagen / Haushaltseckdaten den Mitgliedern des Hauptausschusses vor.

Herr Oberbürgermeister Andreas Feller (CSU) dankt Herrn Neidl für die Ausführungen zum Haushalt und eröffnet die Aussprache. Er übergibt das Wort an das Gremium.

Fraktionsvorsitzender Andreas Wopperer (CSU) leitet seinen Wortbeitrag mit einer kritischen Bemerkung zum Vorgehen des Oberbürgermeisters ein. Dieser habe nach dem Sachvortrag des Kämmerers keine eigene Bewertung des Haushalts vorgenommen. Wenn der Oberbürgermeister hierzu nichts ausführen wolle, nehme

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

man das zur Kenntnis; seine Fraktion habe hierzu jedoch sehr wohl Anmerkungen.

Dann nimmt er zum vorgelegten Haushaltsentwurf Stellung.

Er führt aus, zur Vorgeschichte sei anzumerken, dass Ende November nahezu einstimmig entschieden worden sei, den Haushalt zum Jahresende noch nicht zu beraten. Die nun vorgelegten Zahlen bestätigten, dass diese Verschiebung richtig gewesen sei. Innerhalb weniger Wochen, zwischen Mitte/Ende November und Ende Dezember, hätten sich wesentliche Zahlen geändert, verbessert oder berichtigt. So seien in den Ende November beziehungsweise Anfang Dezember vorgelegten Unterlagen bereits bei der vorgeschlagenen Haushaltssatzung fehlerhafte Zahlen zu den Darlehen für Wasser- und Fernwärmeversorgung enthalten gewesen.

Entscheidend sei jedoch insbesondere die Veränderung zentraler Haushaltszahlen. Die Schlüsselzuweisung sei mit 7,1 Mio. Euro dargestellt worden, aktuell betrage sie 8,9 Mio. Euro, was einer Verbesserung um 1,8 Mio. Euro entspreche. Die Kreisumlage habe sich von 21,7 Mio. Euro auf 21,0 Mio. Euro reduziert, mithin um 0,7 Mio. Euro. Die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt falle deutlich höher aus: Während ursprünglich von einer Zuführung in Höhe von 0,2 Mio. Euro ausgegangen worden sei, seien nunmehr rund 2,7 Mio. Euro vorgesehen.

Auch bei der Rücklagenentnahme habe sich die Situation verbessert. Während vor wenigen Wochen noch von rund 5,5 Mio. Euro die Rede gewesen sei, betrage diese nun – je nach Angabe in der Präsentation – 3,8 Mio. Euro beziehungsweise 3,4 Mio. Euro. In der Präsentation würden beide Zahlen genannt; hier sei eine Klarstellung erforderlich, welche Zahl zutreffend sei. Unabhängig davon ergebe sich eine Verbesserung um etwa 1,7 Mio. Euro bzw. 2,1 Mio. Euro.

Diese wesentlichen Punkte führten insgesamt zu einer deutlich verbesserten Ausgangssituation des Haushalts.

Zur Einordnung des Haushaltsentwurfs, insbesondere im Vergleich zum Vorjahr, merkt der Redner an, dass ein solcher Vergleich ohne vorliegende Jahresrechnung nur eingeschränkt aussagekräftig sei. Es sei nicht sachgerecht, einerseits den Haushaltsansatz 2026 mit dem Ansatz 2025 zu vergleichen und dabei von einer Reduzierung um 3,4 % zu sprechen, während zugleich bereits ein konkretes Ergebnis für den Personalaufwand in Höhe von 22,1 Mio. Euro benannt werde, im Vergleich jedoch noch mit einem Ansatz arbeite, der um rund 1 Mio. Euro abweiche. Maßgeblich sei vielmehr der Vergleich mit der jeweiligen Jahresrechnung. Mit Blick auf die vergangenen beiden Jahre geht er davon aus, dass das Ergebnis 2025 mindestens um 15 Mio. Euro unter dem in den Unterlagen dargestellten Ansatz liegen werde.

Darüber hinaus gebe es weitere Punkte, die im Haushaltsentwurf noch nicht eindeutig dargestellt seien. Als Beispiel nennt er den Abbruch des Schmidtbräu-Geländes. Im Haushaltsansatz seien hierfür Gesamtkosten in Höhe von 5,8 Mio. Euro veranschlagt, während bei der Anmeldung zur Städtebauförderung am 27.10.2025 von Gesamtkosten in Höhe von 9,0 Mio. Euro ausgegangen worden sei. Es stellt sich die Frage, welcher Ansatz zutreffend sei. Analog gelte dies auch für weitere Zahlen und Haushaltsansätze. Maßgeblich sei dabei stets, was letztlich tatsächlich kassenwirksam geworden sei. So sei für den Abbruch des Schmidtbräu-

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Geländes im Haushaltsjahr 2025 ein Ansatz in Höhe von 2,5 Mio. Euro veranschlagt worden, kassenwirksam sei jedoch voraussichtlich lediglich ein kleiner fünfstelliger Betrag geworden.

Vergleichbares gelte für das Konventgebäude. Hier habe der Haushaltsansatz 2025 bei 400.000 Euro gelegen, kassenwirksam seien vermutlich lediglich kleinere drei- bis vierstellige Beträge für verschiedene Planungskosten angefallen.

Kritisch merkt Fraktionsvorsitzender Wopperer zudem an, dass sich im Haushaltsentwurf 2026 auch Maßnahmen wiederfinden, die bislang weder beschlossen noch im Gremium behandelt worden seien. Als Beispiele nennt er die Errichtung einer Obdachlosenunterkunft mit einem Ansatz von 300.000 Euro sowie den Erwerb des Kindergartens St. Wolfgang mit einem Ansatz von 1,0 Mio. Euro. Auch im Hinblick auf das Konventgebäude gebe es bislang weder eine konkrete Planung noch eine Vorstellung im Gremium oder einen entsprechenden Beschluss.

Der Abbruch des Schmidtbräu-Geländes sei bereits thematisiert worden. Gestartet worden sei das Projekt im Juli 2022 mit ursprünglich veranschlagten Kosten in Höhe von 4,6 Mio. Euro. Der aktuelle Haushaltsansatz liege bei 5,8 Mio. Euro, während in der Bedarfsmitteilung zur Städtebauförderung Gesamtkosten in Höhe von 9,0 Mio. Euro angegeben worden seien. Warum diese Entwicklung problematisch sei, lasse sich nach seiner Auffassung leicht nachvollziehen, wenn man die weiteren Kosten für das Schmidtbräu-Areal in den Blick nehme.

Auch hier sei der letzte bekannte Kostenstand aus dem Juli 2022 und damit mehrere Jahre alt. Für das sogenannte Forum fänden Gesamtkosten in Höhe von 29,0 Mio. Euro Niederschlag im Haushaltsentwurf, hinzu kämen 10,0 Mio. Euro für den Wohnbau. Betrachtet man die prognostizierte Kostenentwicklung für den Abbruch des Schmidtbräu-Areals sowie die nicht aktualisierten Kostenansätze für Forum und Wohnbau, sei es aus Sicht seiner Fraktion höchste Zeit, diese Kosten und Planungen zu aktualisieren und dem zuständigen Ausschuss vorzulegen. Nur so könne beurteilt werden, „wo die Reise hingeh“ und ob die bisherige Beschlusslage Bestand haben könne oder Anpassungen erforderlich seien.

In diesem Zusammenhang gehe es auch grundsätzlich um die Abwägung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben. Ähnliches gelte – wenngleich man sich hier noch nicht in einer ausreichend weit fortgeschrittenen Planungsphase befinde – für die Kosten der Feuerwache Schwandorf. Hier lägen bislang lediglich Kostenschätzungen in Höhe von rund 21,0 Mio. Euro vor. Beim Mittelschulzentrum sei der Kenntnisstand ebenfalls noch sehr begrenzt; aktuellen Studien zufolge könne sich das Projekt möglicherweise auf Gesamtkosten von bis zu 60,0 Mio. Euro belaufen. Auch hierfür seien baldmöglichst aktualisierte beziehungsweise konkretisierte Zahlen erforderlich, um eine verlässliche zukünftige Finanzplanung aufstellen zu können.

Zu den vorgelegten Schuldenprognosen äußere er sich bewusst nicht weiter, da diese in der Vergangenheit regelmäßig anders ausgefallen seien als ursprünglich angenommen. Nichtsdestotrotz schmerze es angesichts der Vielzahl an Kosten und Aufgaben, die in den kommenden Jahren auf die Stadt zukämen, dass bei der Schwellenwerkunterführung nicht wie ursprünglich erhofft Fördermittel in Höhe von 4,5 bis 5,0 Mio. Euro zur Verfügung stünden. Ebenso bedauere man, dass für die

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED bei einem Gesamtvolumen von rund 1,0 Mio. Euro keine Fördermittel in Höhe von 200.000 Euro hätten in Anspruch genommen werden können. Positiv hebt er hingegen hervor, dass für den Inklusionsspielplatz Fördermittel in Höhe von 150.000 Euro akquiriert werden konnten. Insgesamt solle dem Thema Fördermittel künftig eine noch stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Wenn der Kämmerer davon spreche, Verbesserungen im Verwaltungshaushalt zu erzielen, erkläre seine Fraktion ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Mitwirkung. Er erinnert in diesem Zusammenhang an eine Besprechung im November, aus der hervorgegangen sei, dass Einsparpotenziale im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 508.000 Euro möglich erschienen. Nach aktuellem Stand beliefen sich diese Einsparungen jedoch lediglich noch auf rund 32.000 Euro.

Für seine Fraktion sei entscheidend, dass die im Haushalt enthaltenen, durchaus wichtigen Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt würden. Hierzu zählten insbesondere die Sanierung der Feuerwache Schwandorf, der Neubau der Feuerwache Ettmannsdorf-Schwandorf, der Neubau der Werkstatt für den Bauhof, die offene Ganztagschule Ettmannsdorf, die Entwicklung des Mittelschulzentrums sowie nicht zuletzt die Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Deren Umsetzung voranzubringen sei wichtiger als zusätzliche Forderungen zu erheben. Die Vielzahl der angesprochenen Maßnahmen binde bereits erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen; sollten diese Projekte wie vorgesehen realisiert werden können, wäre man hochzufrieden.

Insofern kündigt Fraktionsvorsitzender Wopperer trotz der angesprochenen Unklarheiten an, dem vorliegenden Haushaltsentwurf zuzustimmen.

Fraktionsvorsitzender Franz Schindler (SPD) ergänzt zu den Ausführungen seines Vorredners. Er führt aus, angesichts der häufig geäußerten Darstellung, wie schwierig die finanzielle Lage insgesamt sei, solle stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, dass die Stadt im Vergleich zu vielen anderen Kommunen finanziell deutlich besser dastehe.

Die Stadt verzeichne Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer, unerwartet hohe Zuweisungen des Bundes – überwiegend vermittelt über das Land – sowie eine Stabilisierung der Ausgaben für die Kreisumlage. Diese Entwicklungen führten dazu, dass die Prognosen, die noch im vergangenen Jahr erstellt worden seien und auch Grundlage für den Bescheid des Landratsamtes im Sommer des letzten Jahres gewesen seien, inzwischen bereits wieder überholt seien – und zwar im positiven Sinne.

Diese Entwicklung sei zwar grundsätzlich erfreulich, zeige jedoch zugleich, wie problematisch es sei, einen Haushalt in Unkenntnis der Jahresrechnung zu beschließen. Es bestehe ein Interesse daran, Zahlen vorgelegt zu bekommen, die möglichst realistisch seien. Er bringt zum Ausdruck, dass die Zahlen, die in den vergangenen Wochen und Monaten im Rahmen der Haushaltsvorberatung präsentiert worden seien, wiederholt voneinander abgewichen seien. Es wäre daher wünschenswert, über die Hintergründe dieser Änderungen näher informiert zu werden.

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Aus seiner Sicht stelle es ein Problem dar, den Haushalt ohne vorliegende Jahresrechnung zu beschließen. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Haushaltsvolumen der vergangenen Jahre. Er schließt sich der Einschätzung seines Vorredners an, dass das Jahresergebnis voraussichtlich um rund 15,0 Mio. Euro unter dem Ansatz liegen werde.

Zwar werde der Haushalt 2026 mit einem Volumen von rund 126,0 Mio. Euro beschlossen werden, er weist jedoch darauf hin, dass er hierbei kein gutes Gefühl habe.

Weiter führt Fraktionsvorsitzender Schindler aus, dass der Bescheid des Landratsamtes vom 24.06.2025 beachtlich gewesen sei. Daraus sei hervorgegangen, dass dringend Gegenmaßnahmen erforderlich seien, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt nicht gegeben sei, dass im Finanzplanungszeitraum keine positive Entwicklung erkennbar sei und dass insbesondere die Eigenbetriebe eine hohe Verschuldung aufwiesen. Zudem sei darin ausgeführt worden, dass umgehend Gegenmaßnahmen erforderlich seien, da nicht lediglich eine kurzfristige Schieflage, sondern tiefergehende strukturelle Probleme vorlägen.

Er erinnert daran, dass er seinerzeit die Auffassung vertreten habe, die Aussagen in diesem Bescheid nicht überzubewerten, da die darin zugrunde gelegten Annahmen nicht der tatsächlichen Situation entsprochen hätten. Zur Begründung führt er aus, dass bereits damals Zahlen vorgelegt worden seien, die nicht mehr aktuell beziehungsweise nicht mehr zutreffend gewesen seien.

Abschließend stellt er fest, dass auch in der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung erneut Zahlen angesetzt seien, die offensichtlich nichtzutreffend seien.

Fraktionsvorsitzender Schindler spricht eine Haushaltsbesprechung vom 03.11.2025 an, in der eine Übersicht über mögliche Einsparungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt vorgelegt worden sei. Wie bereits zuvor ausgeführt worden sei, hätten sich im Verwaltungshaushalt Einsparpotenziale in Höhe von insgesamt 507.900 Euro ergeben.

Diese Zahl habe er mit der aktuellen Fassung des Haushaltsentwurfs verglichen und festgestellt, dass von den damals benannten Einsparmöglichkeiten keine mehr enthalten seien. Dies bestätige aus seiner Sicht erneut die grundsätzliche Einschätzung, dass die im Juli vertretene Argumentation, wonach zwingend und in erheblichem Umfang Einsparungen erforderlich gewesen seien, die tatsächliche finanzielle Lage nichtzutreffend widerspiegelt habe.

Weiter bringt er zum Ausdruck, sollte der Verwaltungshaushalt weiter anwachsen und keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, könne man dies nicht unkommentiert hinnehmen. Es bestehe die Möglichkeit, dass sich die finanzielle Situation bereits in drei bis vier Monaten erneut verändere, etwa durch mögliche Rückforderungen vorausgezahlter Gewerbesteuer.

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Zudem weist er darauf hin, dass sich im Haushaltsentwurf mehrere Maßnahmen befänden, die bislang weder beschlossen noch in einem Gremium behandelt worden seien. Es sei wichtig, hierüber frühzeitig informiert zu sein.

Aus Sicht der SPD-Fraktion fehle im Haushaltsentwurf ein Ansatz für die Errichtung eines Basketballfeldes im Stadtpark, entsprechend eines zuvor eingebrachten Fraktionsantrags. Man sei der Auffassung, hierfür einen Haushaltsansatz in Höhe von 150.000 Euro bis 200.000 Euro aufzunehmen. Weiterhin bestünden Unklarheiten hinsichtlich des weiteren Vorgehens und der Planungen zur Sanierung des Sepp-Simon-Stadions. Nach seinem Kenntnisstand sei hierzu bislang kein Beschluss gefasst worden; dies müsse noch geklärt werden.

Unabhängig von den vorgetragenen Kritikpunkten kündigt er an, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt aller Voraussicht nach zustimmen werde, da die überwiegende Mehrheit der im Bauprogramm enthaltenen Maßnahmen die Unterstützung der Fraktion finde.

Zur geplanten Verabschiedung des Haushalts führt Fraktionsvorsitzender Schindler ergänzend aus, dass gemeinsam mit dem Haushalt auch der Stellenplan zu beschließen sei. Vorgesehen sei, die Stadtratssitzung mit einem nichtöffentlichen Teil zu beginnen und dort zunächst den Stellenplan zu behandeln und zu beschließen, um anschließend in öffentlicher Sitzung den Haushalt einschließlich Stellenplan verabschieden zu können. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass die Art und Weise, wie der Stellenplan in diesem Jahr beschlossen werden solle, für den Stadtrat nicht zumutbar sei. Der vorgelegte Stellenplan sei aus seiner Sicht intransparent. Zwar enthalte er die einzelnen Stellen sowie deren Eingruppierungen, es sei jedoch nicht ersichtlich, welche Personen die jeweiligen Funktionen ausübten beziehungsweise ausüben sollten.

Seine Fraktion ist der Ansicht, dass das Grundgerüst des Stellenplans – insbesondere die Gesamtzahl der Stellen, die Aufteilung in Beamten- und Beschäftigtenstellen sowie deren Besoldungs- beziehungsweise Entgeltstruktur – durchaus in öffentlicher Sitzung behandelt werden könne. Weitergehende personenbezogene Details könnten sodann im nichtöffentlichen Teil beraten werden. Für diesen Fall werde um die Vorlage einer namentlichen Übersicht der Stelleninhaber gebeten.

Es gebe aus seiner Sicht keinen sachlichen Grund, den Mitgliedern des Stadtrates im nichtöffentlichen Teil nicht offenzulegen, wer welche Position in der Stadtverwaltung innehatte oder künftig innehaben solle.

Sollte dieses Vorgehen berücksichtigt werden, könne seine Fraktion dem Stellenplan zustimmen. Andernfalls sehe man keine Möglichkeit, dem Stellenplan ohne entsprechende Transparenz zuzustimmen.

Fraktionsvorsitzender Kurt Mieschala (UW) erklärt, er werde die Ausführungen seiner Vorredner nicht im Einzelnen wiederholen. Einiges davon halte er für zutreffend, anderes teile er nicht. Auch er nimmt Bezug auf den in anonymisierter Form vorliegenden Stellenplan. Mit Blick in die Gemeindeordnung führt er aus, dass der Stadtrat die Geschäfte der Stadt leite, während der Oberbürgermeister die laufenden Angelegenheiten in eigener Verantwortung ausführe. Daraus folge, dass

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

der Stadtrat das maßgebliche Gremium sei, das die Stadt führe. In dieser Funktion sei der Stadtrat als Arbeitgeber anzusehen. Vor diesem Hintergrund erscheine es ihm nicht nachvollziehbar, dass der Stadtrat nicht wissen solle, welche Personen für die Stadtverwaltung tätig seien. Dies halte er für widersprüchlich. Er äußert Unverständnis darüber, weshalb die Datenschutzaufsicht ein entsprechendes Vorgehen empfehle, und bringt zum Ausdruck, dass er diese Empfehlung für nicht sachgerecht halte.

Zum Haushalt selbst führt Fraktionsvorsitzender Mieschala aus, im Rückblick auf die vergangenen Jahre sei festzustellen, dass die tatsächlichen Jahresergebnisse regelmäßig deutlich unter den jeweiligen Haushaltsansätzen geblieben seien. Dies habe im Wesentlichen daran gelegen, dass die im Vermögenshaushalt veranschlagten Ansätze zu großen Teilen nicht umgesetzt worden seien. In der Folge sei auch die im Haushaltsplan vorgesehene Kreditaufnahme häufig nicht erforderlich gewesen.

Der nun vorgelegte Finanzplan mit den dargestellten Verschuldungsentwicklungen für die kommenden Jahre sei aus seiner Sicht äußerst kritisch zu bewerten. Angesichts der Entwicklung der vergangenen Jahre und der tatsächlich in Anspruch genommenen Kreditaufnahmen halte er es für wenig sachgerecht, ein derartiges Schuldenszenario aufzubauen. In der Vergangenheit seien prognostizierte Entwicklungen wiederholt nicht eingetreten; dies habe sich auch im tatsächlichen Schuldenabbau widerspiegelt. Vor diesem Hintergrund erscheine ihm die vorgelegte Finanzplanung in dieser Form nicht angemessen dargestellt.

In der Sache selbst stellt er fest, dass der Haushalt zahlreiche Maßnahmen enthalte, die notwendig und sinnvoll seien. Besonders hebt er den Hinweis hervor, dass künftig eine stärkere Priorisierung erfolgen müsse. Dies sei eine Forderung, die er bereits seit Jahren wiederholt vorbringe. Es gelte, sich auf die vorrangig erforderlichen Maßnahmen zu konzentrieren, insbesondere im Bereich der Pflichtaufgaben.

Abschließend erklärt er, dass sich seine Fraktion noch keine abschließende Meinung zum Haushaltsentwurf gebildet habe und derzeit noch offen sei, ob dem Haushalt zugestimmt werden könne.

Ausschusssprecher Alfred Damm (Grüne/ÖDP) erklärt eingangs, dass seine Fraktion dem Haushaltsentwurf trotz der von den Vorrednern angesprochenen Kritikpunkte zustimmen werde.

Auch er weist darauf hin, dass die in den vergangenen Jahren prognostizierten negativen Entwicklungen glücklicherweise nicht eingetreten seien, insbesondere im Hinblick auf den Schuldenstand sowie den Abbau der Rücklagen. Dies habe jedoch maßgeblich damit zusammengehungen, dass die im Vermögenshaushalt veranschlagten Ansätze nicht vollständig ausgeschöpft worden seien.

Vor diesem Hintergrund stelle sich für ihn die Frage, wie realistisch der vorliegende Haushaltsentwurf für das kommende Jahr sei. Es sei zu klären, was sich im Vergleich zu den Vorjahren ändern werde und ob die geplanten Ausgaben tatsächlich in vollem Umfang umgesetzt würden oder ob sich erneut Abweichungen

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

wie in den vergangenen Jahren ergeben könnten.

Positiv hebt er hervor, dass die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt deutlich unter dem Durchschnitt liege. Die finanzielle Ausgangslage der Stadt sei insgesamt als solide zu bewerten.

Hinsichtlich der großen geplanten Maßnahme am Schmidtbräu-Areal vertritt er ebenfalls die Auffassung, dass die aktuelle Situation sowie die weitere Kostenentwicklung nochmals überprüft werden sollten. Auf dieser Grundlage sei eine Priorisierung vorzunehmen. Grundsätzlich befürworte er jedoch die Entwicklung des Areals, da dieses nach seiner Einschätzung ein Besuchermagnet werden und zur Belebung der Innenstadt beitragen könne. Dabei könne geprüft werden, welche Einrichtungen im neuen Areal vorrangig berücksichtigt werden sollten, beispielsweise die Verlagerung der Bibliothek.

Zur Personalsituation führt er aus, es sei nachvollziehbar, dass die Personalkosten unter anderem aufgrund von Tarif- und Besoldungsanpassungen anstiegen. Unabhängig davon sei jedoch zu hinterfragen, ob der bisherige Umfang der Stellenmehrungen weiterhin fortgeführt werden solle. In diesem Zusammenhang rege er an, dass sich der Stadtrat in der kommenden Periode auch mit einer möglichen Überarbeitung der Beförderungsrichtlinien der Stadt befassen solle.

Abschließend bekräftigt er nochmals die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

Fraktionsvorsitzender Dieter Jäger (FW) äußert sich eingangs kritisch zur aktuellen politischen Situation und merkt an, dass sich der beginnende Wahlkampf bemerkbar mache. Dies zeige sich unter anderem daran, dass eine bislang staatstragende Partei den Oberbürgermeister öffentlich kritisiere, was er für nicht gerechtfertigt halte. Er führt aus, dass der Umgang miteinander aus seiner Sicht nicht fair sei.

Er betont, dass in der gemeinsamen Stadt positive Entwicklungen stärker nach außen kommuniziert werden sollten. Die Stadt verzeichne die höchsten Einkommensteueranteile sowie die höchsten Gewerbesteuererinnahmen, die jemals erzielt worden seien. Insgesamt habe sich die Stadt in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt; dies gelte auch für den Haushaltsplan.

Die Diskussion über eine mögliche Verschuldung in Höhe von 44,0 Mio. Euro bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums bezeichnet er als unnötig beunruhigend. Diese Zahlen müssten im Finanzplan dargestellt werden, da der Kämmerer die vom Stadtrat beschlossenen Maßnahmen entsprechend einzupreisen habe. Wenn man mit diesen Ansätzen arbeite, ergebe sich rechnerisch für das Jahr 2029 ein entsprechender Schuldenstand.

Hinsichtlich der Planungen für das Schmidtbräu-Areal führt er aus, dass die inzwischen sehr umfangreichen und kostenintensiven Überlegungen Anlass geben könnten, nochmals über die weitere Vorgehensweise nachzudenken. Gegebenenfalls sei auch eine Weiterveräußerung des Geländes in Betracht zu ziehen.

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Er begrüßt ausdrücklich, dass im Haushaltsentwurf auch Maßnahmen berücksichtigt würden, die sich aktuell abzeichneten, wie beispielsweise die Errichtung einer Obdachlosenunterkunft oder der Erwerb eines Kindergartens. Zwar seien diese Maßnahmen noch nicht beschlossen, es sei jedoch sinnvoll, entsprechende Ansätze vorsorglich aufzunehmen, um im Bedarfsfall handlungsfähig zu sein.

In der vorliegenden Form sei der Haushalt aus seiner Sicht gut strukturiert und könne entsprechend abgearbeitet werden.

Abschließend spricht er dem Kämmerer, Herrn Neidl, sowie dem Team des Amtes für Finanzen und Schulen seinen ausdrücklichen Dank für die umfassende Aufbereitung und Vorbereitung des Haushalts aus. Die Fraktion der Freien Wähler kündigt die Zustimmung zum Haushaltsentwurf an.

Abschließend ergreift **Oberbürgermeister Andreas Feller (CSU)** das Wort und merkt an, dass ihm einige abschließende Bemerkungen gestattet seien. Er betont, dass es seiner bisherigen Praxis entspreche, sich traditionell am Ende der Aussprache zu äußern.

Er führt aus, dass es selbstverständlich wünschenswert wäre, anstelle eines Haushaltsentwurfs bereits eine abgeschlossene Jahresrechnung vorliegen zu haben, da hierdurch eine größere Planungssicherheit bestünde. Je früher der Haushalt aufgestellt werde, desto größer seien naturgemäß die bestehenden Unsicherheiten. Gleichzeitig sei der Verwaltung aufgegeben worden, das Verfahren umzustellen, insbesondere Verpflichtungsermächtigungen zurückzufahren und die haushaltslose Zeit möglichst kurz zu halten. Hierfür sei es erforderlich, den Haushalt frühzeitig zu beschließen. In einer haushaltslosen Zeit dürften keine neuen Maßnahmen begonnen werden; zulässig sei lediglich die Fortführung bereits begonnener oder beschlossener Projekte, nicht jedoch der Beginn solcher Vorhaben, die zwar beschlossen, aber noch nicht umgesetzt worden seien.

Hinsichtlich der im Haushaltsentwurf enthaltenen Ansätze für die Obdachlosenunterkunft sowie den Erwerb des Kindergartens bestätigt er, dass entsprechende Beschlüsse bislang noch nicht gefasst worden seien. Für eine sachgerechte Planung seien diese Maßnahmen jedoch vorsorglich in den Entwurf aufgenommen worden. Er versichert, dass die erforderlichen Beschlüsse in den jeweils zuständigen Gremien noch herbeigeführt würden.

Zur Diskussion um den Stellenplan und dessen Transparenz führt Oberbürgermeister Andreas Feller aus, dass die gewählte Darstellungsform datenschutzrechtlichen Vorgaben geschuldet sei. Er sagt jedoch zu, den Vorschlag aus dem Gremium nochmals zu prüfen und bis zur Stadtratssitzung zu klären, ob und in welcher Form – sofern datenschutzrechtlich zulässig – eine namentliche Übersicht der Stelleninhaber zur Verfügung gestellt werden könne. Einer entsprechenden Lösung werde er sich nicht verschließen.

Fraktionsvorsitzender Franz Schindler (SPD) ergreift nochmals das Wort und warnt eindringlich davor, das Projekt am Schmidtbräu-Gelände „zu zerreden“. Er

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

verweist in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen mit dem TWF-Gelände, bei dem über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt keine Einigung über die weitere Entwicklung habe erzielt werden können.

Aus seiner Sicht solle an der bestehenden grundsätzlichen Beschlusslage festgehalten und darauf hingewirkt werden, dass das Projekt nunmehr konsequent vorangebracht werde. Von einem Verkauf des Geländes an den sogenannten freien Markt rät er ausdrücklich ab. Er äußert die Einschätzung, dass es entweder keine geeigneten Interessenten gebe oder – sofern solche vorhanden seien – keine Angebote zu erwarten seien, die den Vorstellungen des Stadtrates entsprächen.

Fraktionsvorsitzender Andreas Wopperer (CSU) spricht nochmals das Thema Stellenplan an und fordert analog der SPD-Fraktion, in der anstehenden Stadtratssitzung den anonymisierten Stellenplan in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Hingegen in der nichtöffentlichen Sitzung einen namentlichen Stellenplan vorgelegt zu bekommen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis vom Vorlagebericht des Amtes für Finanzen und Schulen und verweist zur weiteren Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Schwandorf für das Haushaltsjahr 2026 an den Stadtrat am 19.01.2026.

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
3			Feststellung des Finanzplans für die Jahre 2025 bis 2029
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	--	--	

Sachdarstellung, Begründung:

Herr Michael Neidl (Verwaltung, Kämmerer) verweist hier auf Tagesordnungspunkt Ö 2. Hier sei der Finanzplan ebenfalls mit vorgestellt worden.

Siehe Haushaltsunterlagen (Finanzplan), die die Mitglieder des Stadtrates über das Ratsinformationsportal abrufen können.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis vom Vorlagebericht des Amtes für Finanzen und Schulen und verweist zur weiteren Beratung und Beschlussfassung über den vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2029 mit den darin enthaltenen Ansätzen und Abschlusszahlen an den Stadtrat am 19.01.2026.

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
4			Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen;
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	-.-	-.-	

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
4.1			Anfrage Verwaltung: Thema - Satzung über die Benutzung öffentlicher Grünanlagen, Kinderspielplätze und der Bürgerfreifläche in der Stadt Schwandorf;
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	--	--	

Mitteilung/Anfrage der Verwaltung:

Herr Michael Neidl (Verwaltung, Kämmerer) bezieht sich auf das Regelwerk für die Bürgerfreifläche auf dem Naab-Parkhaus. Mit diesem Thema habe sich der Hauptausschuss bereits in einer Sitzung am 05.06.2025 befasst. Den Mitgliedern sei seinerzeit ein Entwurf vorgelegt worden.

Es sei eine „Grünanlagen-, Kinderspielplätze- und Bürgerfreiflächensatzung“ konzipiert und vorgestellt worden. Im Anschluss an die Präsentation habe man den Stadträten Gelegenheit gegeben, den Entwurf zu prüfen und bei Einverständnis eine entsprechende Rückmeldung zu geben.

Da bislang keine Rückmeldungen eingegangen seien, bittet Herr Neidl erneut um zeitnahe Mitteilung, ob Einverständnis mit dem vorgelegten Entwurf bestehe. Sofern keine weiteren Anmerkungen bestünden, könne auf eine erneute Behandlung des Themas im Hauptausschuss verzichtet werden.

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
4.2			Anfrage: Ausschusssprecher Damm: ehem. Lehrerhaus im Ortsteil Büchelkühn
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	--	--	

Ausschusssprecher Alfred Damm (Grüne/ÖDP) richtet eine Anfrage zur geplanten Sanierung des Lehrerhauses im Ortsteil Büchelkühn. Diese Maßnahme sei im aktuellen Haushaltsentwurf mit 100.000 Euro veranschlagt. Bereits im vergangenen Haushalt seien 50.000 Euro für Planungsleistungen eingestellt worden, diese Mittel seien jedoch nicht in Anspruch genommen worden.

Grundsätzlich begrüße man, dass die Sanierung nun angegangen werden solle. Allerdings lägen bislang keine konkreten Planungen vor. Er fragt daher an, ob die entsprechenden Planungen dem Gremium vorgestellt werden könnten beziehungsweise ob auch die Vereine, die das Gebäude künftig nutzen möchten, hierüber rechtzeitig informiert würden.

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

Oberbürgermeister Andreas Feller (CSU) beantwortet die Anfrage dahingehend, dass das Projekt gemeinsam mit den beteiligten Vereinen entwickelt werde. Sobald ein entsprechendes Konzept vorliege, solle dieses im Bauausschuss behandelt und vorgestellt werden.

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
4.3			Anfrage/Antrag: Fraktionsvorsitzender Wopperer: Aktueller Kostenstand etc. - Schmidt-Bräu-Gelände - Information im Bauausschuss
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	-.-	-.-	

Fraktionsvorsitzender Andreas Wopperer (CSU) stellt, anknüpfend an seine Ausführungen zum Haushaltsentwurf, einen Antrag. Er beantragt, dass der aktuelle Kostenstand zum Projekt **Schmidtbräu-Gelände** zeitnah im Bauausschuss behandelt und dargestellt werde. Darüber hinaus solle in gleicher Weise hinsichtlich des Konventgebäudes verfahren und auch hierzu der aktuelle Sachstand im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

Beschluss Nr.	öffentliche Sitzung		Betreff
4.4			Anfrage/Antrag: Fraktionsvorsitzender Wopperer: Aktueller Kostenstand etc. - Konventgebäude - Information im Bauausschuss
Anwesend	Ja	Nein	
	Stimmen		
10	--	--	

Fraktionsvorsitzender Andreas Wopperer (CSU) stellt, anknüpfend an seine Ausführungen zum Haushaltsentwurf, einen Antrag. Er beantragt, dass der aktuelle Kostenstand zum Projekt Schmidtbräu-Gelände zeitnah im Bauausschuss behandelt und dargestellt werde. Darüber hinaus solle in gleicher Weise hinsichtlich des **Konventgebäudes** verfahren und auch hierzu der aktuelle Sachstand im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

1. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.01.2026

* * *

Schluss der Sitzung: 17:47 Uhr

Der Vorsitzende:

Niederschriftführung:

**Andreas Feller
Oberbürgermeister**

Katharina Ziegler